

Antrag

der Abgeordneten Büchner (Speyer), Kastning, Kuhlwein, Frau Odendahl, Frau Schmidt (Nürnberg), Dr. Schmude, Dr. Steger, Toetemeyer, Vogelsang, Weisskirchen (Wiesloch) und der Fraktion der SPD

Pläne der Bundesregierung zur Förderung von „Elite-Universitäten“

Mitglieder der Bundesregierung haben in den letzten Monaten mehrfach die Errichtung privater „Elite-Universitäten“ gefordert. In der öffentlichen Diskussion ist diese Forderung ebenso heftig umstritten wie in den die Bundesregierung tragenden Parteien. Die SPD-Bundestagsfraktion befürchtet, daß die Bundesregierung das in der Bundesrepublik Deutschland gewachsene System der staatlichen Hochschulen von Grund auf verändern will. Damit würde die Chancengleichheit beim Zugang zur Hochschule erheblich beeinträchtigt, der mühsam erreichte Stand gesellschaftlicher Überschaubarkeit und demokratischer Mitwirkung in Forschung und Lehre rückgängig gemacht. Zur dringend erforderlichen Lösung der aktuellen Probleme der Hochschulen leistet die Gründung privater Einrichtungen zudem keinen Beitrag.

Der Bundestag wolle beschließen:

Vor diesem Hintergrund fordert der Deutsche Bundestag:

1. Die Bundesregierung berichtet dem Deutschen Bundestag,
 - welche Aufgaben in Lehre und Forschung die von ihr geforderten oder begrüßten „Elite-Universitäten“ oder „Elite-Institute“ erfüllen können bzw. sollten, die nicht ebenso gut von den Hochschulen oder den vom Bund geförderten Forschungseinrichtungen außerhalb der Hochschulen geleistet werden können;
 - worauf sie ihre Überzeugung gründet, daß private Hochschulen eher in der Lage sein sollen, den Anschluß an die Spitzenforschung in einigen technologischen Schlüsselbereichen zu erreichen als die staatlichen Hochschulen;
 - welche Förderung privater Hochschulen aus Bundesmitteln von der Bundesregierung geplant, bei der Bundesregierung beantragt oder von möglichen Trägern angekündigt werden bzw. worden sind;

— wieso sie es für erforderlich hält, den ohnehin unter Mittelknappheit leidenden Hochschulen Mittel zugunsten privater Hochschulen zu entziehen.

2. Die Bundesregierung berichtet dem Deutschen Bundestag, wie der wissenschaftliche Nachwuchs besser als bisher gefördert und besonders befähigte Nachwuchswissenschaftler an den Hochschulen bessere Arbeits- und Beschäftigungsmöglichkeiten finden können.

Bonn, den 18. April 1984

Büchner (Speyer)

Kastning

Kuhlwein

Frau Odendahl

Frau Schmidt (Nürnberg)

Dr. Schmude

Dr. Steger

Toetemeyer

Vogelsang

Weisskirchen (Wiesloch)

Dr. Vogel und Fraktion

Begründung

Bundesminister Genscher hat am 13. Dezember 1983 in einem Vortrag vor der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände die Förderung privater Universitäten und privater Schulen als ein „Gebot der Stunde“ bezeichnet. An gleicher Stelle hat er die Auffassung vertreten, daß wir zu Spitzenleistungen in der Forschung „nur wieder in ausreichendem Maße gelangen, wenn wir Elite-Universitäten schaffen“.

Diese Auffassung, die an die Elite-Forderungen des Bundeskanzlers in einem Vortrag vor der Westdeutschen Rektorenkonferenz anknüpfen, hat Minister Genscher seither des öfteren wiederholt und damit eine öffentliche Diskussion um den Sinn privater Elite-Universitäten provoziert u. a. auch durch seine Abqualifizierung bestehender Universitäten und Hochschulen als „Brothochschulen“.

Während eine Reihe von FDP-Politikern den Fortschritt nur mit neuen Eliten gewährleistet sieht und die Forderung des Bundesaußenministers unterstützt, beurteilt die FDP-Bundestagsabgeordnete Frau Dr. Hamm-Brücher bei Betonung der Notwendigkeit der Förderung von Eliten an den bestehenden Hochschulen diese Forderungen folgendermaßen:

„Vom Ansatz her ein Schlag gegen alles, was wir bildungs- und hochschulpolitisch in den letzten 15 bis 20 Jahren in der FDP vertreten haben.“ Die FDP-Politikerin sieht in den Forderungen Genschers „bildungspolitischen Ellenbogen-Liberalismus“ und betrachtet die Öffnung des Bildungssystems für junge Menschen aus allen Schichten als „größte Errungenschaft liberaler Gesellschaftspolitik“.

Auch in der CDU/CSU sind diese Thesen des Bundesaußenministers umstritten: Während die niedersächsische Wirtschaftsministerin Breuel die Gründung privater Hochschulen befürwortet, kennzeichnet der bayerische Kultusminister Maier diese Pläne als „Katastrophenpolitik“. Der Leiter der bayerischen Staatskanzlei, Stoiber, warnt davor, daß die privaten Hochschulen rasch zu einem Sonderzug für Schüler und Studenten würden, deren Eltern sich die hohen Gebühren leisten könnten. Bundesforschungsminister Dr. Riesenhuber kritisiert die Gründung von Elite-Universitäten ebenfalls: „Wir können Elite-Schulen hier nicht künstlich nachbauen.“

Das Echo der Verbände auf die Forderung nach Elite-Universitäten ist – abgesehen von den Wirtschaftsverbänden – ebenfalls überwiegend negativ. So wendet sich der Präsident der Westdeutschen Rektorenkonferenz, Professor Berchem, gegen das „Gefasel“ von Spitzenforschung und Elite-Universitäten. Der Verband Hochschule und Wissenschaft im Deutschen Beamtenbund spricht von einer „Forderung ohne Substanz“. Der Deutsche Gewerkschaftsbund befürchtet, daß bestimmte Kreise eine „exklusive Kastenbildung“ anstreben und befürchtet auch negative wirtschaftliche Folgen, wenn statt der Mobilisierung aller Begabungen nur noch sogenannte Spitzenbegabungen gefördert werden sollen.

Während die Bundesbildungsministerin die Gründung privater Hochschulen zwar grundsätzlich begrüßt, jedoch zugleich darauf hinweist, Leistungseliten ließen sich nicht staatlich verordnen und niemand könne ein institutionelles Monopol auf Elitenbildung beanspruchen, erklärt der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesminister für Bildung und Wissenschaft, die Bundesregierung stehe der Gründung privater Hochschulen positiv gegenüber und sei bereit, entsprechende Investitionen finanziell zu fördern, beispielsweise im Rahmen des Hochschulbauförderungsgesetzes.

Die sozialdemokratische Bundestagsfraktion weist die Forderungen des Bundesaußenministers nach privaten Elite-Universitäten einhellig zurück. Sie sieht darin eine Abkehr von der Politik der Chancengleichheit für alle. Chancengleichheit ist für sie ein Kernbestandteil demokratischer und sozialer Kultur der Bundesrepublik Deutschland. Elite-Universitäten beinhalten die Gefahr, daß Forschung aus der gesellschaftlichen Verantwortung entlassen und lediglich bestimmten Wirtschaftsinteressen dienen soll. Die SPD wehrt sich auch gegen die pauschale Abwertung der Forschungsleistungen der bestehenden Hochschulen. Allerdings sieht sie die Gefahr, daß durch stagnierende oder zurückgehende Finanzmittel die Forschung an den Hochschulen gefährdet wird. Die SPD unterstreicht die Auffassung, daß sich die Geltung eines Volkes als Kulturnation nicht nur durch herausragende Forschungsleistungen in den Naturwissenschaften, sondern auch durch die Leistungen in den Geistes- und Sozialwissenschaften sowie in Literatur, Kunst und Kultur bestimmt.

